

Rückmeldeabschnitt/ Bestellschein

bitte einsenden an den
DFG-VK-Materialversand, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart

Name

Straße

PLZ + Ort

- Ich bestelle dieses Faltblatt (gegen Spende; 35 € für 1.000 Stück); Anzahl:
- Ich möchte mehr Informationen über die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“
- Ich möchte die Zeitungsanzeige zum 8. Mai mit der Petition unterstützen und will dazu weitere Infos
- Ich möchte Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Petition.

Sie können auch die Internet-Bestellmöglichkeit auf unserer Homepage www.schritte-zur-abruestung.de nutzen. Dort können Sie auch die Petition unterzeichnen und den Newsletter abonnieren, mit dem wir über Aktivitäten der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ informieren.

**DFG-VK-Materialversand
Haußmannstraße 6
70188 Stuttgart**

Was SIE tun können:

Zwei Drittel der Bundesbürger lehnten den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab. Teile der Oppositionsparteien im Bundestag und einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition haben sich 2007 gegen eine Verlängerung des Mandates für die Bundeswehr ausgesprochen.

◆ Teilen Sie Ihrem Abgeordneten Ihre Meinung mit, schreiben Sie einen persönlichen Brief, in dem Sie auf die moralische und politische Verantwortung der Abgeordneten für die Kriegsgesamtheit hinweisen. Anregungen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.schritte-zur-abruestung.de

◆ Beteiligen Sie sich an unseren E-Mail-Aktionen vor der Entscheidung des Bundestages im Herbst 2008.

◆ Unterstützen Sie die Petition an den Deutschen Bundestag und schicken nebenstehenden Abschnitt mit Unterschrift und Adresse an uns zurück.

◆ Unterstützen Sie unsere geplante Zeitungsanzeige zum 8. Mai. Sie können weitere Informationen mit dem Bestellabschnitt anfordern.

◆ Jeder Wehrpflichtige, Soldat und Reservist kann den Kriegsdienst verweigern. Völkerrechtswidrige Befehle dürfen nicht befolgt werden!

Aktionen – Termine

◆ Aktionswoche 1.-9. Mai mit dezentralen Veranstaltungen, Infoständen sowie Aktionen an den Parteibüros von SPD und B90/Grüne

◆ Mahnwachen und diverse Aktionen bei den Landes- und Bundesparteitagen von SPD und B90/Grüne

◆ Afghanistankongress der Friedensbewegung, 7./8. Juni in Hannover. Infos: www.afghanistankongress.de

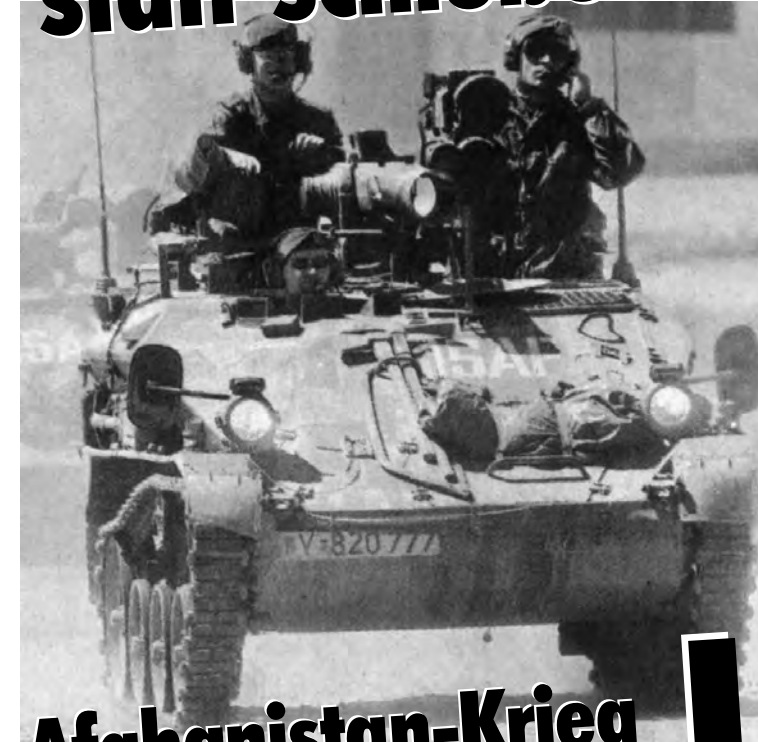
Weitere Informationen im Internet:

- ◆ www.dfg-vk.de ◆ www.auslandseinsaetze-beenden.de
◆ www.schritte-zur-abruestung.de ◆ www.bundeswehrrabschaffen.de

Wir bitten um (steuerabzugsfähige) **Spenden** zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK: Spendenkonto 817 46 07 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ der DFG-VK in Zusammenarbeit mit dem *Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern*. Konzept, Text, Redaktion und v.i.s.d.P: Th. Rödl c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München. Gestaltung: SPS-Graphics, Hamburg. Druck: GUS-Druck GmbH, Stuttgart

Verhandeln statt schießen



Afghanistan-Krieg beenden

In Afghanistan wird seit sechs Jahren mit deutscher Beteiligung ein Krieg geführt. Aus einem Einsatz zur Stabilisierung des Wiederaufbaus ist ein Krieg gegen aufständische Kämpfer mit zahlreichen zivilen Opfern geworden. Der Deutsche Bundestag muss im Herbst über die Verlängerung des Mandates für die Bundeswehr entscheiden. **Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Abgeordneten endlich gegen den Krieg stimmen!**



DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Krieg in Afghanistan

Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1989 begann ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Volksgruppen und Kriegsfürsten (ca. 1 Million Todesopfer). Aus dem Krieg ging 1996 die Partei der so genannten Taliban als Sieger hervor. Sie errichtete ein extrem repressives und menschenfeindliches Regime entsprechend ihrer fundamentalistisch-religiösen Ideologie.

Für die Anschläge vom 11. September 2001 machten die USA die Al-Qaida-Organisation verantwortlich. Sie griffen Afghanistan an, um die dortigen Stützpunkte der Al-Qaida zu zerschlagen und gleichzeitig das Taliban-Regime zu beseitigen – was bereits vor dem 11.9. geplant war.

Damit begann der so genannte weltweite „Krieg gegen den Terror“ der USA und ihrer Verbündeten. Deutschland unterstützte diesen Krieg mit den geheimen Einsätzen der Elite-Einheit „Kommando Spezialkräfte“. Bis Ende 2001 wurden die Taliban vertrieben.

Die UNO beschloss ein Mandat für die „International Security Assistance Force“ (ISAF) zur Sicherung des Wiederaufbaus, die inzwischen von der NATO geführt wird.

Die Bundeswehr übernahm im Rahmen der ISAF die Sicherung der öffentlichen Ordnung, die Führung des Einsatzes in Kabul, Versorgungsaufgaben und den Wiederaufbau der Infrastruktur im Norden Afghanistans.

Nach einer internationalen Konferenz 2001 wurde Hamid Karsai als Präsident eingesetzt, später gewählt. Die Regierung Karsai hat aber nicht, wie vom Westen erwartet, die breite Zustimmung in der Bevölkerung gefunden; vor allem die Paschtunen im Süden fühlen sich benachteiligt.

In den letzten Jahren sind die Taliban und andere Widerstandsgruppen stärker geworden, sie bekämpfen das neue Regime und die NATO-Truppen.

Nachdem die NATO den Sieg in Afghanistan zur Existenzfrage erklärt hat, droht die Fortsetzung eines Krieges ohne Perspektive für weitere lange Jahre, mit der NATO und der Bundeswehr als Kriegspartei.

Kein Frieden durch Krieg

● Es gibt kein Konzept für den Aufbau eines Staates durch Intervention von außen; die Loyalität einzelner Stämme und Parteien zur Zentralregierung kann nicht erzwungen werden. ● Die wirtschaftliche Lage der Masse der Menschen hat sich bisher nicht verbessert. ● Seit 2002 wurden 85 Milliarden US-Dollar für die Militäroperationen, aber nur 7,5 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau ausgegeben. ● Jede Anti-Terror-„Operation“ fordert zivile Opfer und schafft neue Feinde der Besatzungstruppen. ● Die Trennung zwischen „ISAF“ (Wiederaufbau) und „OEF“ (Terrorbekämpfung) war von Anfang an theoretisch, praktisch werden alle ausländischen Streitkräfte zunehmend als Besatzer betrachtet. ● Der Guerillakrieg ist nicht zu gewinnen, Wiederaufbau und Sicherheit sind aber unter Kriegsbedingungen nicht möglich.

Mit der Entsendung der Tornado-Kampfbomber hat die Bundeswehr die Schwelle zu einem wirklichen Kampfeinsatz überschritten. Deutschland stellt jetzt auch eine Kampf Einheit. Die Eskalation geht weiter. Die Bundesregierung ist mitverantwortlich für die Eskalation des Krieges, für die Zerstörung von Dörfern und die Tötung von Zivilisten, wenn sie die Bundeswehr nicht zurückruft!

Alternativen

Notwendig sind Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien über einen Waffenstillstand und einen Friedensprozess. Deutschland sollte afghanische Nichtregierungsorganisationen unterstützen, die die Menschenrechte verteidigen und für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten. Denkbar sind u.a. folgende Schritte im Rahmen eines Friedensprozesses: ● Einstellung aller militärischen Aktivitäten ● Zivile Hilfe in Höhe der jetzigen Militärausgaben für lokale Projekte, die den Menschen eine Lebensperspektive eröffnen ● Stärkung der lokalen staatlichen Strukturen unter Einbindung aller Parteien und Gruppierungen ● Einrichtung einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Entwicklung unter Einbindung aller Nachbarstaaten ● Wirtschaftshilfe und Infrastrukturprojekte zur Schaffung einer wirtschaftlichen Perspektive außerhalb des Drogenhandels.

Petition an den Deutschen Bundestag

Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!

Ein „Krieg gegen Terror“ kann militärisch nicht gewonnen werden, da er selbst immer wieder neue Gewalt hervorruft. Der Abzug der Besatzungstruppen schafft Voraussetzungen für die Einstellung aller Kampfhandlungen und für eine zivile Entwicklung.

Wir fordern die Abgeordneten des Bundestags auf:

Stimmen Sie keiner weiteren Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu!

Unterschrift (Anschrift umseitig)

Dieses Faltblatt entstand im Rahmen der Kampagne



Krieg ist die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir Schritte zur Abrüstung:

- ◆ Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ◆ Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- ◆ Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- ◆ Kürzung der Rüstungsausgaben um 5 % jährlich
- ◆ Keine Rüstungsexporte
- ◆ Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Millionen € jährlich
- ◆ Entmilitarisierung der Europäischen Union

Ich unterstütze die Forderungen

Unterschrift

(Name und Anschrift umseitig)

Mit der Veröffentlichung meines Namens im Internet bin ich einverstanden (bitte hier ankreuzen).